

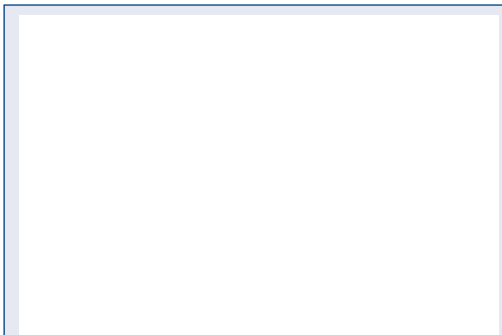
Politik des Scheins

Der Vertrag von 1963 muss nicht fortgeschrieben werden

Alfred Grosser*



Auf Arte wird ein an sich guter Film über das Leben von Konrad Adenauer gesendet. Aber zwei große Löcher fallen auf. Einerseits kein Wort über den Israel-Vertrag vom 10. September 1952, andererseits und vor allem könnte man glauben, zwischen Frankreich und der Bundesrepublik habe alles mit de Gaulle begonnen.



Symbole

Pour Alfred Grosser, la signature du Traité de l'Élysée en 1963 ne constitue pas le début de ce qu'on a coutume d'appeler la réconciliation franco-allemande. Les commémorations dans la cathédrale de Reims en 1962, devant les cercueils de Verdun en 1984 ou encore sous l'Arc de Triomphe en 2009 portaient le souvenir de la Première Guerre mondiale et non de la Seconde. Pourtant, au lendemain du second conflit mondial, des anciens combattants et de nombreuses initiatives de la société civile en faveur des échanges de jeunes, sans oublier le célèbre discours de Robert Schuman du 9 mai 1950, ont marqué cette volonté de dialogue. Réd.

man! Während des Besuchs von General de Gaulle in der vergangenen Woche habe ich oft ihrer gedacht als des Mannes, der durch seinen Vorschlag der Montanunion den Grundstein legte zu der Freundschaft, die nunmehr unsere Länder so eng miteinander verbinden. Unserer gemeinsamen Arbeit gedenke ich immer mit Dankbarkeit“ (siehe [Dokumente/ Documents 3/2012](#), Seite 64).

Ist also der 9. Mai 1950 der Beginn? Auf Regierungsebene gewiss, aber schon als die Politik Frankreichs noch ständig aufs Bremsen bedacht war, waren Bestrebungen in der „Zivilgesellschaft“ in vollem Lauf. Und zwar ganz im Sinne der Präambel der französischen Verfassung von 1946 (die noch heute gültig ist): „*Nach dem Sieg der freien Völker über die Regime, die versucht haben, die menschliche Person zu unterjochen und zu entwürdigen...*“ – über Regime, nicht über Nationen und auch nicht über Völker. Ehemalige Widerstandskämpfer aus Frankreich und aus Deutschland haben die ersten Kontakte hergestellt und die Jugendbegegnungen haben bereits 1947/48 begonnen. In diesem Sinne bin ich gegenüber den feierlichen Begegnungen immer zurückhaltend gewesen. Adenauer und de Gaulle in der Kathedrale von Reims, Kohl und Mitterrand in Verdun/Douaumont (die bewegendste Begegnung), Angela Merkel und Nicolas Sarkozy am *Arc de Triomphe*: Alles Symbole des Ersten Weltkriegs, nicht des Zweiten. Man hätte sich in Dachau treffen sollen (Buchenwald lag in der DDR), wo französische und deutsche Insassen gemeinsam litten.

Immer wieder wurde der handgeschriebene Brief zitiert, den der Bundeskanzler an Robert Schuman geschickt hat, als General de Gaulle nach seiner triumphalen Deutschlandreise im September 1962 auf dem Rückweg war: „*Lieber Herr Schu-*

* Alfred Grosser ist Prof. em. am *Institut d'études politiques* (Paris) und Präsident des CIRAC (*Centre d'information et de recherche sur l'Allemagne contemporaine*).

Politisch gesehen war jedoch in der Tat Robert Schuman der mutige Schöpfer: Genau kurze fünf Jahre nach Kriegsende räumte Frankreich der jungen Bundesrepublik eine Gleichberechtigung ein, die ihr das Recht gab, über die französische Kohle und den französischen Stahl mitzuverfügen (in Deutschland wird heute noch die Bedeutung dieses Schrittes übersehen: Frankreich stieg hinab von der vollen Souveränität zur geteilten, die Bundesrepublik stieg empor aus der Abwesenheit echter Souveränität zur geteilten. Und für Adenauer war das Ziel Gleichberechtigung mindestens so wichtig wie das Ziel Europa). Verbindungen und Zusammenwirken dehnten sich dann aus, trotz des Rückschlags der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft am 30. August 1954. Als im März 1957 der Vertrag von Rom unterschrieben wurde, gab es bereits keine direkten deutsch-französischen Konflikte mehr. Der von Bundeskanzler Adenauer und Premierminister Guy Mollet unterschriebene Vertrag von Luxemburg gab am 27. Oktober 1956 das Saarland an Deutschland zurück und die Mosel sollte als Gegenleistung kanalisiert werden, was dann auch geschah. In meinen Büchern und Vorlesungen habe ich immer folgende Formulierung zur Geschichte der Vierten Republik verwendet: *„Am Anfang keinen Feind außer Deutschland. Die USA, Großbritannien, die Sowjetunion waren alle Freunde. Am Ende, 1958, keinen Freund außer Deutschland.“* Die Sowjetunion verkörperte die große Gefahr für Europa und die NATO. Die Angelsachsen wirkten gegen Frankreich in Nordafrika, woran die Republik gestorben ist. Die deutsch-französische Zusammenarbeit ging ihrerseits so weit, dass sich die beiden Verteidigungsminister, Franz Josef Strauss und Jacques Chaban-Delmas in der Sahara begegneten, um über die Atomfrage zu sprechen.

Die Erfahrung des Misstrauens

Als de Gaulle im Juni 1958 an die Macht kam, gab es zunächst Ängste in Bonn. Erstens, weil man in der deutschen Hauptstadt immer unruhig wird, wenn es einen Wechsel in Frankreich gibt: Mendès France 1954, de Gaulle 1958, Mitterrand 1981, Hollande 2012 haben alle dieselbe Er-

fahrung des Misstrauens gemacht, das dann bald überwunden wurde. Aber 1958 war es schlimmer – hatte nicht de Gaulle alles hart und bitter bekämpft, von der Verbindung der Westzonen 1948 über den Schuman-Plan bis zum Vertrag von Rom? Der Besuch Adenauers in Colombey am 14. September 1958 hat alle Bedenken im Nu verstreut. Von diesem Tag an sprach man von der Freundschaft zwischen beiden großen Männern. Sie hat wirklich bestanden, aber sie ging auch nicht ohne Hintergedanken, d. h. nicht ohne Einverleibung dieser Freundschaft in eine globale Politik. Dank des Endes des Algerienkriegs im März 1962 konnte de Gaulle sein *grand dessein* verfolgen. Unter dem Einfluss, wenn nicht der Leitung Frankreichs, sollte Europa auf Distanz zu der Weltmacht USA gehen. Die Hoffnung war, Adenauer zu dieser Distanz zu bringen. Erst später wird diese Hoffnung scheitern. De Gaulle glaubte, Großbritannien würde das Trojanische Pferd Amerikas in Europa sein. Er unterschätzte die gleiche Rolle der Bundesrepublik, die nie gezwungen wurde, sich zwischen Paris und Washington zu entscheiden, denn dann hätte sie stets auf der Seite Washingtons gestanden.

Aber vom September 1958 bis Januar 1963 wurde das Verhältnis Adenauer/de Gaulle immer vertrauter. Ende 1958 hatte der General die Europäische Gemeinschaft gerettet: Ohne die Wirtschaftspolitik von Antoine Pinay und Jacques Rueff hätte sich Frankreich bereits beim Inkrafttreten des Vertrags auf die Notstandsklauseln berufen müssen, so tragisch war seine äußere Wirtschaftslage. Der Höhepunkt war natürlich de Gaulles Reise durch die Bundesrepublik. Man erwähnt immer wieder zu Recht die deutsche Begeisterung, bei der Jugend in Ludwigsburg, bei den Arbeitern in der Ruhr, bei der Gesamtbevölkerung in Bonn. In der deutschen Presse hieß es: *„Er kam als Präsident Frankreichs, er schied als Kaiser von Europa.“* Aber man sollte auch die Wirkung in Frankreich nicht übersehen. Etwas ironisch gesagt: De Gaulle hat sich (nicht ganz!) zu dem bekehrt, was er bekämpft hatte und hat dabei Millionen Franzosen mitbekehrt. Daher die schnelle Zunahme von Städte- und Schulpartnerschaften, von denen nicht wenige bereits vorher bestanden hatten.

Gefeiert wird nun weniger die Reise von 1962 als der Elysée-Vertrag von 1963. Das Bild der Unterzeichnung scheint zu zeigen, dass der General gewissermaßen zwischen seinen beiden Regierungschefs, Adenauer und Pompidou, sitzt, während neben diesen die beiden Außenminister, Gerhard Schröder und Maurice Couve de Murville, Platz nehmen durften. Seit diesem Tag spricht man von diesem Vertrag, als habe er einen weitreichenden Inhalt. Jedoch liegt sein symbolischer Wert weit über seinem eigentlich politischen.

In den achtzehn Artikeln des Elysée-Vertrages vom 22. Januar 1963 ist viel von Zusammenarbeit die Rede. Aber eigentlich verpflichtende Vereinbarungen gibt es nur auf zwei Gebieten. Nicht auf dem der Verteidigung: Man wird nur versuchen, die Annäherung der Doktrinen beider Länder zu betreiben (in späteren europäischen Verträgen wird man im Unbestimmten noch weiter gehen. Im Lissabon-Vertrag wird es heißen, man werde versuchen, eine gemeinsame Verteidigungspolitik zu erreichen, die (in einer zweiten Zukunft!) zu einer gemeinsamen Verteidigung führen könnte). Es gibt einerseits den Zwang der Begegnungen, andererseits das Deutsch-Französische Jugendwerk (DFJW). Bundeskanzler und Präsident sollen sich zweimal im Jahr treffen, was sie dann auch immer getan haben, oft viel häufiger als zweimal. Die Minister und hohe Beamten sollen sich noch öfter begegnen, was dann zu einer wirksamen Verkürzung der Entscheidungswege geführt hat. Formell ist das DFJW erst 1963 durch ein besonderes Abkommen entstanden. Aber nicht nur die Absicht des autonomen Verwaltungsrats steht im Vertrag. De Gaulle und Adenauer waren auch Staatsmänner, die nicht über den Haushaltsproblemen standen. Anstatt, wie fast alle Organisationen und Vereine, jedes Jahr um Verlängerung der Zuschüsse betteln zu müssen, verfügt das DFJW, dank Vertrag, über einen gemeinsamen, in den Haushalten festgeschriebenen Fonds.

Es war der Kanzler, der nicht nur ein Abkommen wollte, sondern einen richtigen Vertrag, der für seine Ratifizierung durch den Bundespräsidenten die Zustimmung des Parlaments erforderte. Ein Parlament kann da nur Ja oder Nein sagen. Vertragsveränderungen stehen

ihm nicht zu. Aber der Bundestag hatte das Recht, eine interpretative Präambel zu schreiben und zu verabschieden. Und diese hat alles angehäuft, was dem französischen Staatspräsidenten zuwider sein musste: Beitritt Großbritanniens; Bedeutung der Beziehung zu den USA; ein Europa, das nicht nur das der Staaten sein sollte. Das Merkwürdige zu diesem Zeitpunkt war, dass beide Seiten im vollen Widerspruch zu sich selber standen. De Gaulle hatte Großbritannien am 14. Januar Nein gesagt, obwohl es, wie de Gaulle, ein Europa ohne Supranationalität wünschte. Und die Mehrzahl der Parlamentarier wollte den Beitritt Großbritanniens, obwohl es gerade jenes Europa verwarf, das man selbst haben wollte! Für de Gaulle war die Präambel ein Rückschlag, der ihn verleitete zu sagen, die Verträge könnten wie Rosen sein, die nur einen Tag überleben. Ein weiterer Rückschlag kam durch den von seiner Partei erzwungene Rücktritt Adenauers noch im selben Jahr. Mit Ludwig Erhard gab es wenig Gesprächsstoff, am wenigsten über geschichtliche Betrachtungen.

Motor ohne Benzin

Wie kommt es dann, dass der Elysée-Vertrag ein schönes, großes Symbol geworden ist? Wohl deswegen, weil manche deutsch-französische „Paare“ als Motoren der europäischen Einigungsbestrebungen gewirkt haben (leider manchmal auch als nicht erwünschtes Steuerrad). Wenn kein Benzin für neue Vorschläge vorhanden ist, steht der Motor still, so unter Schröder und Chirac. Man sollte gewiss den Belgier Paul-Henri Spaak und den Luxemburger Pierre Werner nicht übersehen, aber Helmut Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing, noch mehr Helmut Kohl und François Mitterrand (mit Unterstützung von Jacques Delors, dem letzten schöpferischen Präsidenten der Kommission) haben Großes geleistet. Auch sie wollten Zeichen setzen durch Gründung neuer deutsch-französischer Institutionen. Oft aber hat man schöpferisch aussehen wollen und nur symbolische Maßnahmen getroffen, die im Gegensatz zur Wirklichkeit standen. So wie, seit einigen Jahren, die französische Betonung der anscheinend institutionalisierten Freundschaft, die zusammenfiel mit dem Abbau der französischen

Mittel für den deutsch-französischen Austausch. Französische Kulturinstitute in Deutschland, die 1945 gegründete Zeitschrift *Documents*, der 1982 durch Schmidt, Giscard d'Estaing und Mitterrand ins Leben gerufene CIRAC – die Liste der Opfer einer Politik des Scheins könnte problemlos verlängert werden. Mitunter hat man sogar schöne Kundgebungen der bewältigten Vergangenheit vernachlässigt. Wer weiß denn heute noch, dass beide Parlamente am 22. Januar 2003 in Versailles zusammengekommen sind? Versailles, Ort der Kränkung Frankreichs 1871. Versailles, der Ort der Kränkung Deutschlands 1919.

Ein neuer Elysée-Vertrag?

Heute wird gefragt, ob es nicht einen neuen oder einen fortgeschriebenen Elysée-Vertrag geben sollte. Wozu, wo doch der Vertrag von 1963 auch mit seinem begrenzten Inhalt nicht erfüllt worden ist? Ein erstes Beispiel: Am 22. Januar 1988 ist in Paris ein Protokoll zum Vertrag vom 22. Januar 1963 unterschrieben worden, der einen deutsch-französischen Finanz- und Wirtschaftsrat gründete, dessen Aufgabe es u. a. war, „*jedes Jahr die Grundlinien der nationalen Haushalte zu erörtern vor ihrer Verabschiedung durch die Regierungen und die Parlamente*“. Ist so etwas je geschehen? Zweites Beispiel: die Sprachen. Im Elysée-Vertrag, dann in mehreren Abkommen, wurde Vieles versprochen. Gehalten wurde wenig, insbesondere im Elsass, wo die *classes bilingues* für *Ecole maternelle* und Grundschulen nie richtig von der Pariser Regierung unterstützt wurden (und werden), trotz des Wunsches der Handelskammern in Colmar und Straßburg; denn Zehntausende freie Arbeitsstellen in Baden und um Basel herum bleiben unbesetzt, weil es immer weniger Deutschsprachige im Elsass gibt. Als Trost spricht man von *Classes bilangues* – drei Stunden Deutsch, drei Stunden Englisch ab Sexta, was wenig nützlich ist. Es wäre wohl besser, sich erst einmal darüber klar zu werden, was die beiden Länder in grundsätzlichen Fragen unterscheidet bzw. verbindet. Auf dem Gebiet der Atompolitik bestehen zugleich tiefe Unterschiede und eine neue, zueinander tendierende doppelte Unsicherheit. Das von de Gaulle 1945 geschaffene *Commissariat à l'énergie*

atomique, unter der Leitung des Nobelpreisträgers Frédéric Joliot-Curie (auch Mitglied des Zentralkomitees der kommunistischen Partei), hat den nationalen Stolz auf das Atom gefördert. Und welche Regierung würde heute auf die unauffindbaren atomaren U-Boote SNLE (*sous-marins nucléaires lanceurs d'engins*) verzichten? In Deutschland war und bleibt das Atom nach Hiroshima und Tschernobyl weitgehend verpönt. In Frankreich ist heute das Gefühl der Unsicherheit stark gewachsen, während man in Deutschland einsieht, dass die Abschaffung der Atomkraftwerke mit immensen Problemen verbunden ist.

Das französische nationale Selbstbewusstsein verhindert immer noch, auch zu Zeiten der Euro-Krise, jeden Schritt zu mehr gemeinsamen, entscheidungsfähigen Institutionen. In Deutschland fördert das Bundesverfassungsgericht eine falsche Auffassung von Souveränität. Das Lissabon-Urteil erwähnt den Euro gar nicht, sonst hätte das Gericht gestehen müssen, dass die Hälfte der traditionellen Elemente der Souveränität (das Gold und das Blut, die Währung und die Verteidigung) nicht mehr besteht. Das Gericht – wie auch Politiker wie Egon Bahr – hat den 2+4-Vertrag schlecht verstanden oder verstehen wollen. Es heißt darin: Die Vier „*beenden hiermit ihre Rechte und Verantwortlichkeiten auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes ... Das vereinte Deutschland hat demgemäß volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten*“. Also gibt es keine Rechte mehr der Vier in Berlin, aber die Souveränitätsverluste an der Europäischen Gemeinschaft bleiben bestehen und wurden noch erweitert. Deswegen heißt es auch im Artikel 10 des Einigungsvertrags, dass die neuen Länder alle Gesetze und Regeln der EU in ihre innere Gesetzgebung übernehmen müssen.

Ein neuer Vertrag? Mir würde es genügen, wenn Bundeskanzlerin und Präsident feierlich zusammen die Formel anwenden würden, die der junge Premierminister Jacques Chirac im Juli 1974, auf Veranlassung von Staatspräsident Giscard d'Estaing, vor der *Assemblée nationale* verkündet hat: „*Die Europapolitik gehört nicht mehr zu unserer Außenpolitik. Sie ist etwas anderes und lässt sich nicht von den Zielen trennen, die wir für uns gesteckt haben.*“